

**Antworten des BMW*i* auf Fragen von MdB Klaus Ernst, Vorsitzender des
Ausschusses für Wirtschaft und Energie, und der Fraktion DIE LINKE
im Wirtschaftsausschuss zum Thema Wirecard AG**

Das BMW*i* hatte in der Vergangenheit eine überschaubare Anzahl an Berührungspunkten mit der Wirecard AG. Nach aktuellem Kenntnisstand auf Basis von Hausabfragen und mit Bezug auf die Berichtsbitte werden die **Fragen 1-8 und 12 zusammenfassend wie folgt beantwortet:**

- **Austausch von BMW*i* mit Vertretern von Wirecard:** Bilaterale Gespräche und Gespräche in kleinem Rahmen der BMW*i*-Leitung mit Wirecard seit Dezember 2013 sind nicht bekannt. Nach vorliegenden Erkenntnissen hielt die Parlamentarische Staatssekretärin im BMW*i* Brigitte Zypries am 28.04.2016 eine Rede bei der Wired-Money-Konferenz, wo als weiterer Sprecher u.a. Christian van Hammel-Bonten, Vice President Global Product Strategy Wirecard AG, zugegen war. Weiterhin haben sich mit einem gemeinsamen Schreiben vom 07.04.2020 die CFOs von 27 deutschen Großunternehmen, darunter Wirecard, auch an Bundesminister Altmaier mit einer Stellungnahme gewandt, die einen seinerzeit kursierenden Vorschlag eines mit der Corona-Krise motivierten Eingriffs in das deutsche und internationalen Bilanzrechts kritisiert. Zudem waren Vertreter von Wirecard bei zwei Reden des Wirtschaftsministers Peter Altmaier mit anschließender Diskussion anwesend:
 - 10.12.2018: Rede und Diskussion mit ca. 20-25 Wirtschaftsvertretern aus unterschiedlichen Branchen. Im Publikum u.a. Dr. Braun, CEO Wirecard AG.
 - 15.02.2019: Rede und Diskussion mit zahlreichen Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz. Im Publikum u.a. Burkhard Ley, Advisor Wirecard AG.
- **Austausch von BMW*i* zu Wirecard:** Auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse gab es keinen Austausch der BMW*i*-Leitung mit dem ehemaligen Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg bzw. einem anderen Vertreter oder Bevollmächtigten der Firma Spitzberg Partners zum Thema Wirecard in dieser Legislaturperiode. Ebenso liegen keine Erkenntnisse vor, dass der Wirtschaftsminister oder andere Vertreter der BMW*i*-Leitung Fürsprache für die Wirecard AG gehalten haben oder dass andere Fürsprache für die Wirecard AG gegen-

über dem Wirtschaftsminister oder gegenüber anderen Vertretern der BMWi-Leitung gehalten haben.

- **Wirecard und China:** Auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen hat Wirtschaftsminister Altmaier keine Gespräche mit Vertretern der Volksrepublik China zum Thema Wirecard AG geführt, ebenso liegen keine Erkenntnisse vor, dass die BMWi-Leitung Erkundigungen bezüglich des Chinageschäfts der Wirecard AG bzw. des beabsichtigten Zukaufs der AllScore Payments Service Co Ltd. eingeholt hat.
- **Bilateraler Austausch zwischen Vertretern von BAFA, APAS, und EY bzgl. Wirecard:** Der Gegenstand eines aufsichtlichen Verfahrens einschließlich der Gespräche, die in diesem Zusammenhang geführt wurden, unterliegt der umfassenden strafbewehrten Verschwiegenheitsverpflichtung.

Die weiteren Fragen zur aktuellen Einschätzung zu Wirtschaftsprüfern und der APAS (**Fragen 9-11**) werden im Einzelnen wie folgt beantwortet:

9. Ist die Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) ihren Aufsichtspflichten gegenüber der die Wirecard AG prüfenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften EY und KPMG nach Auffassung der Bundesregierung in der Vergangenheit und insbesondere im letzten Prüfungsjahr hinreichend nachgekommen?

Antwort:

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die APAS ihren gesetzlichen Auftrag, die Berufsaufsicht über Abschlussprüfer von Unternehmen von öffentlichem Interesse zu führen, erfüllt.

10. Ist die APAS nach Auffassung der Bundesregierung mit genügend Rechten und Ressourcen gegenüber den Wirtschaftsprüfern ausgestattet, um eine hinreichend genaue Prüfung dieser zu gewährleisten?

Antwort:

Nach Auffassung der Bundesregierung ist die APAS mit den notwendigen Rechten und Ermittlungsbefugnissen ausgestattet. Im Rahmen der Aufarbeitung der Erkenntnisse aus dem Wirecard-Fall wird die Bundesregierung die Erfordernisse einer Stärkung der Aufsichtsbefugnisse der APAS sowie insbesondere auch das Zusammenwirken von APAS und DPR/BaFin mit Blick auf Verbesserungspotenzial prüfen.

11. In wie vielen Fällen konnte nach Kenntnis der Bundesregierung Wirtschaftsprüfern bei Schadensfällen ähnlich wie P&R oder Wirecard vor Gericht Vorsatz oder Fahrlässigkeit nachgewiesen werden bzw. wurden sie wegen Vorsatz oder Fahrlässigkeit letztlich in Haftung genommen (bitte aufschlüsseln nach einzelnen Jahren und getrennt nach Vorsatz und Fahrlässigkeit)?

Antwort:

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, in wie vielen Fällen Wirtschaftsprüfern bei Schadensfällen vor Gericht Vorsatz oder Fahrlässigkeit nachgewiesen wurde bzw. in wie vielen Fällen sie wegen Vorsatz oder Fahrlässigkeit letztlich in Haftung genommen wurden.